Mohssen Massarrat,

Erschienen in : Aus Politik und Zeitgeschichte 45/ 7. November 2995

Demokratisierung des Greater Middle East

Der Irak-Krieg wurde unter anderem mit der moralisch begründeten Ansicht gerechtfertigt, dort Demokratie einführen zu wollen. Dieses Kriegsziel gewann in dem Maße an Bedeutung, wie sich andere Kriegsgründe, insbesondere die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und die Mitverantwortung des irakischen Regimes am „11. September 2001“ als unhaltbar erwiesen. Der US-Präsident erklärte fortan den Sturz von Saddam Hussein zum Schlüssel für die Demokratisierung der gesamten Region *Greater Middle East*. Tatsächlich ist Demokratisierung in einer Region ohne einen einzigen demokratischen Staat ein Ziel, das allgemein auf breite Zustimmung stößt.

Warum hat sich die Demokratie im Mittleren und Nahen Osten aber nicht wie in Europa von innen heraus durchgesetzt? Liegt es am Islam? Sind die Gegensätze unüberbrückbar? Rechtfertigen es interne Barrieren, den Demokratieexport gegebenenfalls auch mit Gewalt durchzusetzen? Kann Demokratie überhaupt exportiert werden? Gibt es historisch positive Erfahrungen mit der gewaltsamen Ausbreitung von moralisch anspruchsvollen Wertvorstellungen und Gesellschaftsmodellen? Was wollen die Vereinigten Staaten mit der Demokratisierung des *Greater Middle East* durchsetzen, und gibt es Alternativen dazu?

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers steht die Transformation der islamischen Staaten auf der Agenda. Kann man Amerikas Initiative zur Demokratisierung des *Greater Middle East* als quasi natürlichen Bestandteil einer historisch ohnehin fällig gewordenen Entwicklung einstufen, oder springen die US-Neokonservativen auf einen in Fahrt gekommenen Demokratisierungs-Zug, um dessen Fahrtrichtung zu bestimmen? Immerhin sind US-Präsident George W. Bush und seine Außenministerin Condoleezza Rice mit ihrer Vision „Tyrannen zu beseitigen und Freiheit und Demokratie in die entferntesten Ecken der Welt zu bringen“ dabei, für die US-Außen- und Hegemonialpolitik ein zeitgemäßes Koordinationssystem aufzubauen. Politische Ziele wie Terrorismusbekämpfung und Beseitigung von Massenvernichtungsmitteln schaden, wie das Irak-Desaster zeigt, eher dem transatlantischen Hegemonialanspruch. Das neue Koordinationssystem verspricht dagegen, das verlorene Terrain zurück zu gewinnen. Die *Charme-Offensive* von Bush und Rice bei ihrer Europa-Visite Anfang 2005 und der Schulterschluss mit dem „Alten Europa" halfen der US-Führung, aus der moralischen Defensive heraus zu kommen.

Worum geht es bei der US-Initiative *Greater Middle East*, welchen Stellenwert gewinnt sie im neuen Legitimationsmuster, wie tragfähig ist das Konzept in den USA und innerhalb der westlichen Allianz insgesamt, kann die Initiative positiv als ein neues Zivilisationsprojekt angesehen werden, oder handelt es sich um alte Hegemonialpolitik im neuen Legitimationsgewand? Nach der offiziellen Lesart stützt sich das Projekt auf drei Säulen: Förderung der Demokratie und Good Governance; Aufbau einer Wissensgesellschaft und Ausbau der ökonomischen Potenziale. Die US-Regierung präsentierte ihr Drei-Säulenmodell während des Sea Island G-8 Gipfels im Juni 2004. Doch neben dieser Demokratisierungsabsicht verfolgt die US-Regierung mit großem finanziellen und personellen Aufwand ein anderes *Greater Middle East* Projekt mit unverkennbar hegemonialpolitischen Zielen; *erstens*: Die Beseitigung der Schurkenstaaten in Afghanistan und im Irak, anschließend die Etablierung von neuen, in den USA ausgebildeten und neoliberal geschulten Führungseliten und die Durchführung von Wahlen; *zweitens*: Das unter der Bezeichnung *Partnership for Peace* formulierte bilaterale Abkommen zur Einrichtung von möglichst vielen militärischen Stützpunkten wie in Afghanistan, Irak, Usbekistan,

Turkmenistan, Aserbaidschan, in den Ölscheichtümern am Persischen Golf; und *drittens*: Kooperation mittels Geld und Waffen mit allen den USA freundlich gesinnten Staaten. In der Logik dieser Programmatik ist kurz- oder mittelfristig auch ein Regimewechsel in Syrien und vor allem im Iran nicht völlig ausgeschlossen.
Diese realistische Variante des US-*Greater Middle East* Projekts ist durchaus keine neue Idee der Neokonservativen, sie hat vielmehr historische Wurzeln und beruht auf einem breiten Konsens innerhalb der politischen Elite der Vereinigten Staaten. Die Mittel- und Nahostpolitik der Demokraten wie die der Republikaner unterscheidet sich bestenfalls in der Rhetorik, jedoch nicht grundsätzlich. Beide Lager legitimierten ihren moralischen Anspruch, die Freiheit gegen die Tyrannei weltweit ausbreiten zu wollen, im Einklang mit der Tradition des amerikanischen Idealismus und der republikanischen Verfassung. Welches Regime aber zum „Schurkenstaat" auserkoren und welcher Tyrann zu welchem Zeitpunkt in der Welt gestürzt werden soll, hängt von der jeweiligen aktuellen Interessenlage ab.
Die ursprüngliche Idee, die Transformation des *Greater Middle East* als Projekt auf die politische Agenda zu setzen, stammt ursprünglich aus dem Umfeld der Demokraten. Im Herbst 2002, während der Sturz von Saddam Hussein vorbereitet wurde, entwickelten zwei ehemalige Mitarbeiter der Clinton-Administration, Ronald D. Asmus und Kenneth M. Pollack, ein erstes systematisches Argumentationsraster für dieses Projekt. Trotz der polemischen Beschwörung eines umfangreichen Selbstbestimmungsprinzips für die betroffene Staaten, erklärten Asmus und Pollack im selben Atemzug, dass zunächst „Saddam Hussein mit seinem Regime verschwinden" müsse, was – wie sie noch betonten – „eine groß angelegte Invasion des Irak" erfordere, und dass es „für alle Betroffenen besser wäre, wenn die USA und Europa diesen Feldzug, möglichst unter Rückgriff auf die NATO, gemeinsam" führten.[1]
Tatsächlich waren die US-Neokonservativen bemüht, Europa für das Projekt zu gewinnen. Der US-Präsident, sein Vize Dick Cheney, Condoleezza Rice und andere rührten dafür daher bei verschiedenen Anlässen die „politische Werbetrommel". Zumindest die konservativen Politiker Europas ließen keinen Zweifel an umfassenden gemeinsamen Interessen und Zielen mit den Vereinigten Staaten in der Welt.

Die Ablehnung des Irakkrieges war zweifelsohne ein erster Schritt zur Entwicklung einer eigenständigen europäischen Mittel- und Nahostpolitik. Dieser Bruch wird jedoch durch beträchtliche transatlantische Gemeinsamkeiten überlagert. Trotz einer neuen Sympathiewelle für Europa dominiert in der gesamten arabisch-islamischen Welt nach wie vor die Auffassung, dass alle westlichen Staaten unverändert eine Politik mit zweierlei Maß verfolgen. Diese Auffassung zeigt sich am deutlichsten, wenn Israel ins Spiel kommt. Der Westen verurteile den palästinensischen Terror, verzichte jedoch auf die Verurteilung der massiven israelischen Gegengewalt. Er beurteile das iranische Atomprogramm als Bedrohung, lasse aber die Bedrohung durch Israels atomares Waffenarsenal mit mindestens 200 Atombomben außen vor.
Die widersprüchliche Politik des Westens und deren Wahrnehmung in der islamischen Welt stellt die größte Barriere für eine friedliche Neugestaltung der europäischen und mittelöstlichen Beziehungen dar. Im Folgenden sollen zwei zentrale Dimensionen dieser Barriere des westlich-mittelöstlichen Dualismus herausgestellt werden: *erstens* die als rechthaberisch empfundene Auffassung, dass Islam und Demokratie sich widersprechen, und *zweitens* die tatsächliche Erfahrung, dass der Westen bisher die Demokratieentwicklung im Mittleren und Nahen Osten wegen eigener Ölinteressen gebremst oder gar verhindert hat.

Islam und Demokratie - Ein Widerspruch?

[1] Ursprünglich vorgestellt in: Policy Review, (2002) 115. Die deutsche Übersetzung erschien in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2002) 12, S. 1461.

Dies ist eine in den westlichen Diskursen über die islamische Welt am häufigsten gestellte Frage. Dahinter verbirgt sich oft die Auffassung, wonach der Islam das Haupthindernis für die Demokratisierung islamischer Gesellschaften sei und im Umkehrschluss das Christentum per se eine Demokratie kompatible Religion darstelle. Für die Auffassung, die Demokratie sei eine westlich-christliche Erfindung, lässt sich tatsächlich ein Argument anführen, das schwer zu widerlegen ist: Alle westlichen Demokratien haben einen christlichen Hintergrund, dagegen hat die islamische Welt bisher bestenfalls halbdemokratische Staaten, beispielsweise Türkei und Iran, hervorgebracht.

Bei dieser scheinbar bestechenden Kausalität wird jedoch übersehen, dass die Demokratie ursprünglich eine Errungenschaft der hellenistischen Kultur im vorchristlichen Zeitalter war. Die mangelnde Demokratiefähigkeit okzidentaler bzw. orientalischer Gesellschaften wird zudem allein auf ethische Quellen und Normen zurückgeführt, während alle anderen, für die Demokratieentwicklung relevanten gesellschaftlichen Faktoren und historischen Besonderheiten der Staatsbildung in Okzident und Orient ausgeblendet werden. Dieser selektive Blick und die Annahme, dass der Islam die Demokratisierung islamischer Gesellschaften blockiere, untermauert Samuel Huntingtons These vom unausweichlichen *Clash of Civilization* und die Aufforderung an den Westen, sich auf die islamische Bedrohung vorzubereiten.[2]

Insofern ist eine eingehende Beschäftigung mit der These, dass Christentum und Demokratie kompatibel seien, Islam und Demokratie hingegen nicht, nicht nur eine akademische, sondern vor allem auch eine hoch aktuelle politische Frage. Die These selbst ist nicht neu und im Grunde eine Verallgemeinerung von Max Webers protestantischer Ethik als treibender Kraft des Kapitalismus und der gesellschaftlichen Modernisierung in Europa, die der Soziologe bereits vor einhundert Jahren formulierte.[3] Für Weber war es „die innerweltliche Askese des Protestantismus, welche gerade den frömmsten und ethisch rigorosesten Elementen den Weg in das Geschäftsleben öffnete“ und die „eine kapitalistische Ethik“ schuf.[4] Die vorwärts treibende oder behindernde Kraft der Ethik im historischen Prozess der Modernisierung ist unstrittig. Irreführend ist allerdings die selektive Reduktion hoch komplexer Vorgänge auf die Ethik bzw. ethisch begründete Koordinations- und Bewertungsmaßstäbe.

Bei einer umfassenderen Analyse des sozialen Gefüges vormoderner Gesellschaften im christlich okzidentalen Mittelalter und im islamischen Orient rücken andere plausible Erklärungsmuster ins Blickfeld: Die vormodernen europäischen Gesellschaften waren überwiegend dezentral mit schwachen zentralistischen Staaten ausgestattet, während die orientalischen Gesellschaften unabhängig von der herrschenden Religion, ob Buddhismus oder Taoismus in Indien und China oder Islam im Mittleren Osten, ob im vorislamischen bzw. islamischen Zeitalter, überwiegend zentralistisch despotische Staaten mit schwachen dezentralen Strukturen aufwiesen. Die dezentrale Herrschaft mit zahlreichen kleinen und untereinander konkurrierenden feudalen Gemeinden in Europa begünstigte die Entstehung von autonom agierenden bürgerlichen Schichten an der Peripherie dieser Gemeinwesen. Sie trieben über mehrere Jahrhunderte hinweg evolutionär und nachhaltig die gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie die soziale Transformation voran, sie ermöglichten und bewirkten eine Trennung von Religion und Staat sowie die kapitalistische Entwicklung, Industrialisierung und Demokratisierung. Dagegen waren die orientalischen Zentralstaaten in der übermächtigen Position, das gesamte Bürgertum (Händler, Manufakturbesitzer, Intellektuelle) dem eigenen Herrschaftsinteresse zu unterwerfen, ihm die Ketten der Despotie anzulegen und seiner Selbstständigkeit zu berauben.[5] Die soziale Transformation konnte aus diesem doch sehr

---

[2] Vgl. Samuel P. Huntington, Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München-Wien 1997.

[3] Vgl. Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Webers gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen 1972; ders., Religiöse Ethik und „Welt“, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1976.

[4] Ebd., S. 354 f.

[5] Vgl. Karl Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, insbesondere der Abschnitt "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen", Berlin (Ost) 1953; Karl August Wittfogel, Die orientalische

entscheidenden Grund nicht stattfinden. Für Aufklärung und Trennung von Religion und Staat entstand kein fruchtbarer Boden. Anstelle der Industrialisierung und Modernisierung verharrten orientalische Gesellschaften bis in die jüngste Vergangenheit in ökonomischer Stagnation und für die Demokratisierung der Gesellschaft fehlen die sozialen Träger - vor allem fehlt ein verwurzelter, selbständig handelnder und für eine tragfähige Demokratisierung unverzichtbarer Mittelstand.
Insofern kommt dem Christentum und dem Islam im Hinblick auf Modernisierung und Demokratisierung bestenfalls sekundäre Bedeutung zu. Wäre statt des Christentums der Islam die dominante Religion in Europa gewesen, stünde dieser aller Wahrscheinlichkeit nach, wie das Christentum heute, jenseits des Staates und wäre längst entmachtet. Hätte sich dagegen das Christentum statt nach Westen von seinem Entstehungsort ostwärts in Richtung Orient ausgebreitet, wäre es vermutlich im Mittleren Osten anstelle des Islam die dominante politische Kraft gewesen. Man könnte demgegenüber eine andere, durchaus plausible Auffassung vertreten, dass die Ausbreitung des Christentums und des Islams in entgegengesetzter West-Ost-Achse nicht zufällig war und dass das Christentum auf Grund innerer Axiome (der Nächstenliebe, stärkerer Individualität) sich den dezentralen Strukturen in Europa besser anpassen konnte, dagegen der Islam wegen seiner eher kollektivistischen Ausrichtung (das Kollektiv - die Umma -, nicht das Individuum als Basis der Gemeinschaft) für die zentralistischen Gesellschaften des Orients geradezu prädestiniert war. Eine solche Sichtweise erklärt, warum der Islam sich im Orient und das Christentum sich im Okzident ausgebreitet hat und hebt die sekundäre Bedeutung der Religion in beiden Gesellschaftsmustern zusätzlich hervor. Die weit verbreitete Annahme der primären Kausalität zwischen Christentum, Transformation und Demokratie einerseits und Islam, Stagnation und Diktatur andererseits lässt sich so nicht aufrecht erhalten.
Mit anderen Worten: Entscheidend für die Demokratisierung ist die Transformation traditioneller Sozial- und Familienstrukturen und ein Ende der ökonomischen Stagnation. Dieser Prozess ist spätestens unter dem Druck der ökonomischen und kulturellen Globalisierung aber seit mehreren Dekaden voll im Gang, dem Islam bliebe keine andere Option, als sich - wie einst das Christentum - zeitverzögert den Anforderungen der Moderne zu fügen und aus Staatsgeschäften zurück zu ziehen. Dazu bedarf es jedoch keines Demokratieexports, und erst recht nicht eines Krieges.

Geostrategie - Ölpreis und Demokratie

Islam und Demokratie stellen somit nicht zwingend einen Gegensatz dar. Gegensätzlich ist jedoch sehr wohl das Interesse der USA und anderer industrialisierter Staaten am Ölpreis einerseits und der Demokratie im Mittleren Osten, wo ca. 60 Prozent der Weltölreserven lagern, andererseits. Diese These bedarf einer theoretisch schlüssigen Erklärung: Marktgesetze funktionieren im Interesse freier Preisbildung und ökonomisch effizienter Allokation der Ressourcen nur dann, wenn sämtliche Marktteilnehmer die Freiheit besitzen, nach individuellen Optimierungspräferenzen zu handeln. Die Souveränität der Marktteilnehmer und die Wahlfreiheit sind somit untrennbar mit der Demokratie verbunden. Dies ist eine Binsenweisheit und gehört zum Alphabet der neoklassischen Gleichgewichtstheorie. Markttheoretisch gilt sie national, und bei Weltmarktprodukten wie dem Öl auch international. Als souverän handelnde Marktteilnehmer hätten die Ölstaaten des Mittleren Ostens ihre volkswirtschaftlichen Nutzen langfristig am besten dadurch optimieren können, indem sie ihre Ölproduktion verknappt hätten, um ihre Ressourcen auch für die nächsten Generationen zu erhalten und so die aktuellen Ölpreise bis an die Grenze der Substitution des Öls durch Alternativen, insbesondere regenerative Energien, anzuheben.

Despotie, Köln 1962; Mohssen Massarrat, Aufstieg des Okzidents und Fall des Orients, in: ders. (Hrsg.), Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung, Münster 1996, S. 11-56; ders., Islamischer Orient und christlicher Okzident. Gegenseitige Feindbilder und Perspektiven einer Kultur des Friedens, in: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft, 4 (1999), S. 197-212.

Ökonomen nennen diese Preise *Grenz- oder Opportunitätskosten*. Dazu bedarf es allerdings der Demokratie. Nur im öffentlichen Diskurs demokratischer Parteien und gesellschaftlicher Gruppen um den besten Weg der nationalen Ölstrategie kann sich letztlich herausstellen, wie nationaler Nutzen optimiert werden kann. Unter demokratischen Bedingungen wären die Ölpreise marktwirtschaftlichen Gesetzen folgend aller Wahrscheinlichkeit nach in der Vergangenheit sukzessive gestiegen, zumal die Ölressourcen mit wachsendem Verbrauch abnehmen.[6]

Die Industriestaaten verfolgten im Gegensatz zu Demokratie und marktwirtschaftlichen Bedingungen aus purem Eigeninteresse schon immer das Ziel, steigende Ölpreise zu torpedieren. Dieses Ziel ist markttheoretisch gesprochen allerdings damit gekoppelt, die Souveränität der Ölanbieter im Mittleren Osten auszuhebeln, im Grunde genommen Demokratisierungsbestrebungen nicht zuzulassen und stattdessen mit diktatorischen Regimen zu kooperieren. Angesichts der ökonomischen Bedeutung des mittelöstlichen Öls für das Wirtschaftswachstum des Westens – immerhin verändert sich das Wirtschaftswachstum bei einer Preisdifferenz von zehn US-Dollar je Barrel um 0,4 Prozent[7] – entwickelte sich die Beziehung zwischen dem Westen und den Ölstaaten des Mittleren Ostens zu einer interventionsreichen, blutigen und politisch verhängnisvollen Beziehung. Sie begann 1953 mit dem Sturz einer demokratisch gewählten und mit dem Namen Mossadegh verbundenen Regierung im Iran, die 1951 mit dem Ziel, durch die Nationalisierung der iranischen Ölindustrie die nationale Souveränität über die eigenen Ölressourcen zurückgewinnen und volkswirtschaftlichen Nutzen im freien Handel mit anderen Staaten optimieren zu wollen, erstmals in der iranischen Geschichte durch freie Parlamentswahlen zustande gekommen war. Die Regierung Mossadegh war der erste souverän handelnde Akteur aus dem Mittleren Osten auf dem internationalen Ölmarkt.

Das Modell Iran hätte vielleicht eine Demokratisierungswelle in der gesamten Region in Gang setzen und damit einhergehend auch steigende Ölpreise auslösen und folglich eine ernsthafte Gefahr für das Wirtschaftswachstum und das amerikanische Konsummodell werden können. Eisenhower, der amtierende US-Präsident, erkannte diese Gefahr und erteilte 1953 dem CIA unter dem Vorwand der *kommunistischen Gefahr* grünes Licht für den Sturz der iranischen Regierung und stoppte so de facto eine aus eigenen Kräften in Gang gebrachte Demokratisierung. Die USA blockierten somit auch die Entstehung von marktwirtschaftlichen Beziehungen auf dem internationalen Ölmarkt. 2003, ein halbes Jahrhundert später, wurde ein anderes Regime in einem anderen mittelöstlichen bedeutenden Ölland, dem Irak, gewaltsam beseitigt, diesmal nicht unter dem Vorwand der kommunistischen Gefahr, sondern vielmehr unter dem Vorwand der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und den internationalen Terrorismus. Die Vorwände haben sich geändert – das amerikanische Ziel blieb jedoch in den letzten 50 Jahren von der Iran-Krise 1953 bis zur Irak-Krise 2003 und heute unverändert gleich: die Unterminierung der Souveränität mittelöstlicher Ölstaaten, um den störungsfreien Fluss von Öl zu Niedrigpreisen für den gesamten Westen zu sichern und die eigene Machtposition zu festigen.[8]

Die Geschichte der US-Mittelostpolitik ist äußerst facettenreich, sie schließt auch – wie der US-Amerikaner John Perkins vor kurzem enthüllte – Geheimdiplomatie mit unlauteren

---

[6] Vgl. Mohssen Massarrat, Preis der Freiheit, in: Die Zeit vom 31. 3. 2005.

[7] Vgl. International Energy Agency, Mai 2004.

[8] Herfried Münkler führt die Kriege um Öl hingegen auf die Logik der imperialen Ordnung der Vereinigten Staaten zurück. Den Vereinigten Staaten ginge es darum, die Bedingungen des Handels mit Öl nicht nur im eigenen Interesse, sondern stellvertretend für den gesamten Westen zu diktieren. Genau diese „Ordnungsaufgabe“ erfordert Gewalt und auch Krieg. Diese Ordnung ist jedoch nicht, wie Münkler in seinem gerade erschienenen Buch (Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten) annimmt, eine Frieden sichernde „imperiale Ordnung“, der sich auch Europa unterzuordnen hätte, sondern sie ist eine hegemoniale Ordnung mit immer deutlicher werdenden imperialistischen Beweggründen. Vgl. Mohssen Massarrat, Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen. Der Beitrag Europas für eine multilaterale Weltordnung, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, (2004) 3, S. 1-33.

Methoden ein: „In den 70er Jahren wirkte ich“, bekannte sich Perkins in einem Exklusivgespräch mit der Frankfurter Rundschau, „bei einem besonderen Deal mit, über den heute wieder gesprochen wird. Das saudische Königshaus stimmte zu, den größten Teil seiner Petrodollars in den USA zu reinvestieren und in amerikanischen Regierungsanleihen anzulegen. Sie stimmten auch zu, den Ölpreis innerhalb für uns akzeptabler Grenzen zu halten. Im Gegenzug verpflichteten wir uns, das Haus Saud an der Macht zu halten.“[9] Nicht der Islam, wohl aber – um auf die Eingangsthese in diesem Abschnitt zurück zu kommen – der Wohlstand im Westen steht im Gegensatz zur Demokratie in den Ölstaaten. Diese Kausalbeziehung wirft im Übrigen einen dunklen Schatten auf die westlichen Demokratien, deren Stabilität offensichtlich auch auf Ölniedrigpreisen und der Überausbeutung der Energieressourcen anderer Völker beruht.

Demokratisierungsbarriere

Der Islam wurde als vermeintliche Demokratisierungsbarriere zum Sündenbock einer westlichen Interessenpolitik, die selbst die Idee der Demokratie in der arabisch-islamischen Welt gründlich diskreditierte. Die sozialen Träger der Modernisierung und Demokratisierung – der Mittelstand, die Intellektuellen und die Zivilgesellschaft – im Mittleren und Nahen Osten stehen gegenwärtig also nicht nur unter massivem Druck patrimonial theokratischer Eliten, weil diese nicht bereit sind, den Verlust ihrer Privilegien und Macht hinzunehmen. Sie stehen auch unter dem Druck der negativen Erfahrungen mit der westlichen Realpolitik in der Vergangenheit und auch heute. Besonders verheerend wirkt sich die offene Parteinahme des Westens für die israelische Besatzungspolitik aus, welche die Ignoranz und das Schweigen gegenüber der täglichen Demütigung der palästinensischen Bevölkerung und Verletzung ihrer Menschenwürde einschließt. Diese Politik stärkt nicht gerade das Rechtsbewusstsein, auf das jede Demokratieentwicklung angewiesen ist.

Ist es nun glaubwürdig und zukunftsträchtig, dass ausgerechnet eine Weltmacht wie die Vereinigten Staaten ankündigen, den Großraum Mittlerer Osten demokratisieren zu wollen? Das politische Versagen der Vereinigten Staaten in dieser Region ist jedenfalls sehr lang und im kollektiven Gedächtnis der Menschen noch lebendig: Der Sturz einer frei gewählten Regierung durch den CIA 1953 im Iran; Hilfe für die Rückkehr von Schah Mohammed Reza auf den Thron und uneingeschränkte Unterstützung seiner Diktatur, die islamisch-fundamentalistische Reaktionen und letztlich auch die islamische Revolution im Iran heraufbeschwor; aktive Kooperation mit allen autokratisch-diktatorisch regierenden arabischen Stammesfürsten am Persischen Golf im letzten halben Jahrhundert; Waffenexporte an Diktatoren und Lieferung von Chemiewaffen an Saddam Hussein, der diese Massenvernichtungswaffen gegen irakische Kurden und im Iran/Irak-Krieg einsetzte; militärische Hilfe für fundamentalistische Mudjahedin in Afghanistan gegen die sowjetische Besatzungsmacht und Förderung der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan;[10] intensive Kooperation mit den zentralasiatischen präsidialen Diktaturen nach dem Zerfall der Sowjetunion; und schließlich den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak.

Im Mittleren Osten spiegelt sich wie in keinem anderen Teil der Welt der Wandel wider, wie die US-Außenpolitik sich im letzten halben Jahrhundert von der republikanischen Verfassung entfernt und einer Hegemonialpolitik einschließlich gelegentlicher Allianzen mit Diktaturen zugewandt hat. Es gibt in diesem Zeitraum nur das Beispiel Israel, das für die Unterstützung der Demokratie im Mittleren Osten seitens der USA steht. Auch der Demokratieexport in Afghanistan und in Irak steckt gegenwärtig in einer politischen Sackgasse. Dadurch

---

[9] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 2. Juli 2005. John Perkins gehörte zu einer der offenbar zahlreichen „Economic Hit Men“(Wirtschaftskiller)-Kommandos, die in geheimer Mission unterwegs sind und mit Mafiamethoden die politische Eliten der Dritten Welt zu einer Zusammenarbeit jenseits von freien und offenen Handels- und Politikbeziehungen zu bewegen. In seinem Buch „Bekenntnisse eines Economic Hit Man“, März 2005 enthüllt Perkins diese Methoden.

[10] Vgl. Ahmad Rashid, Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2000.

entstanden erst recht neue Konfliktformationen, die weder Demokratie noch Frieden ausstrahlen. Hamid Karsai wirkt nicht wie ein souveräner Staatspräsident und ist de facto ein „Prokonsul der Vereinigten Staaten in Kabul, der gezwungen ist, eine neue Allianz mit verschiedenen Taliban-Fraktionen zu schmieden“[11]. Die Wahlen im Irak erfolgten unter dem Besatzungschaos kaum nach sozial und politisch programmatischen Gesichtspunkten, sondern nach ethnisch-religiösen Differenzen. Der Wahlerfolg der Schiiten fördert antischiitische Ressentiments, sunnitische Machthaber sind dabei, die Ängste vor einem „schiitischen Halbmond“, der sich von Iran über Irak, Saudi-Arabien, den Emiraten im Persischen Golf nach Syrien und Libanon erstreckt, zu schüren.[12] Die steigende Zahl der Selbstmordattentate gegen die Schiiten im Irak sind möglicherweise die Vorboten eines als Folge der US-Besatzung im Irak entstandenen sunnitisch-schiitischen Religionskrieges, der sich für die gesamte Region verheerend auswirken könnte. Ob die neue militärische Koalition der irakischen Kurden mit den USA und Israel die Demokratieentwicklung in der Region fördert, muss bezweifelt werden.
Der Demokratieexport in den *Greater Middle East* ist demnach primär kein zivilisatorisches und für die Demokratie Hoffnung stiftendes Projekt. Er ist Bestandteil einer neuen ideologischen Offensive zur Rechtfertigung geostrategischer Interessen. Er ist das Herzstück einer neuen neokonservativen Strategie, die Huntingtons Konzept vom Krieg der Kulturen durch ein neues Gewand von Freiheit oder Tyrannei austauscht. Bush’s Freiheits-Projekt „Das Überleben der Freiheit in unserem Lande hängt zunehmend vom Erfolg der Freiheit in anderen Ländern ab“ erhält eine beängstigende Plausibilität. Der Demokratieexport in den *Greater Middle East* steht in einer expansionistischen Tradition: Die kolonialistische Expansion im 17. - 19. Jahrhundert wurde fast immer mit der Zivilisierung der „Barbaren“ legitimiert. Napoleon legitimierte seinen Feldzug in Europa zuweilen unter dem Banner von Freiheit und Brüderlichkeit, stabilisierte im Ergebnis aber die Macht der absolutistischen Herrscher gegen die begonnene Umwälzung. Stalin legitimierte nach dem Zusammenbruch des Faschismus und dem Beginn des Kalten Krieges mit dem Export des Sozialismus die Etablierung eines der Sowjetunion untergeordneten sozialistischen Lagers, das die Demokratieentwicklung in ganz Osteuropa für mehrere Jahrzehnte ad acta legte. Die islamischen Fundamentalisten im Iran provozierten mit ihrer Phrase vom Export der islamischen Revolution Misstrauen, Feindschaft und Krieg.

Staaten, die Demokratie exportieren wollen, sind selbst eine Bedrohung für die Demokratie. Demokratie lässt sich vorleben und nachahmen, aber nicht exportieren. Der beste Weg zur Demokratisierung des Mittleren und Nahen Ostens wäre, die im Innern sprudelnden Kräfte der Demokratie und Reformen von der äußeren Last der Demokratiediskreditierung zu befreien. Die Überwindung archaisch-patrimonialer Machtsysteme im *Greater Middle East* würde dann vermutlich erheblich einfacher werden. Die wichtige und immer noch offene Frage ist, ob Europa hinreichend Gestaltungskraft und Mut findet, von den Pfründen der amerikanischen Hegemonialpolitik der vergangenen Jahrzehnte Abschied zu nehmen und nach dem „Nein“ der meisten Europäer zum Irakkrieg zu einer eigenständigen Mittel- und Nahostpolitik zu finden, welche die Demokratisierung in der Region fördert. Lässt sich die Europäische Union beispielsweise im Atomkonflikt mit dem Iran in die Strategie der USA einbinden? Oder gelingt es ihr, eine für die gesamte Region existenzielle Perspektive der gemeinsamen Sicherheit mit dem Ziel der Abschaffung von Massenvernichtungswaffen in das Blickfeld zu rücken? Sicher ist: Nur diese Perspektive ermöglicht es, die komplexen ethnischen, kulturell-religiösen Gegensätze aufzufangen, Konflikte um Grenzen, Öl- und Wasserquellen auf eine politisch-rechtliche Grundlage zu stellen und die Rahmenbedingungen für mehr Demokratie drastisch zu verbessern. Die Glaubwürdigkeit Europas steht auf dem Prüfstand.

---

[11] Tariq Ali, Bilde eine neue Elite, gib ihr Geld und Waffen, in: Freitag vom 18. 2. 2005.
[12] Michael Lüders, Herrscher ohne Legitimation, in: Frankfurter Rundschau vom 21. Februar 2005.

Mohssen Massarrat

Demokratisierung des Greater Middle East

Die Demokratisierung im Großraum Mittlerer Osten steht zweifelsohne auf der politischen Agenda. Nicht der Islam, sondern die historisch sozialen Rahmenbedingungen erschwerten in erster Linie eine mit Europa vergleichbare Entwicklung. Die Demokratisierung der Region muss von innen vorangetrieben werden. Demokratieexport im Allgemeinen und die *Greater Middle East* Initiative der USA im Besonderen schaffen zusätzliche Demokratisierungsbarrieren.